

Haushaltsrede zur Einbringung des Kreishaushalts 2023



Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Bläse,
Sehr geehrte Frau Erste Landesbeamtin Seefried,
Sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Kurz,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
Sehr geehrte Damen und Herren,

**Freie Demokratische Partei
im Kreistag Ostalbkreis**

Manuel Reiger
Mitglied des Kreistags

Michael Lang
Mitglied des Kreistags

*[*Stellen kursiv und in Klammern sind uns wichtig, werden aus Zeitgründen aber nicht mündlich vorgetragen.]*

Mittelbachstr. 8
73430 Aalen

T: 01511/5283488
E: manuel@reiger.eu

www.fdp-ostalbk.de

der Ostalbkreis wird in nur wenigen Wochen 50 Jahre alt und –so viel möchte ich den Jubiläumsreden heute schon vorwegnehmen- er ist trotz sehr verschiedener Raumschaften eine Erfolgsgeschichte!

Er ist wirtschaftlich prosperierend, er hat höchste Lebensqualität für die Menschen und eine lebendige kommunale Familie.

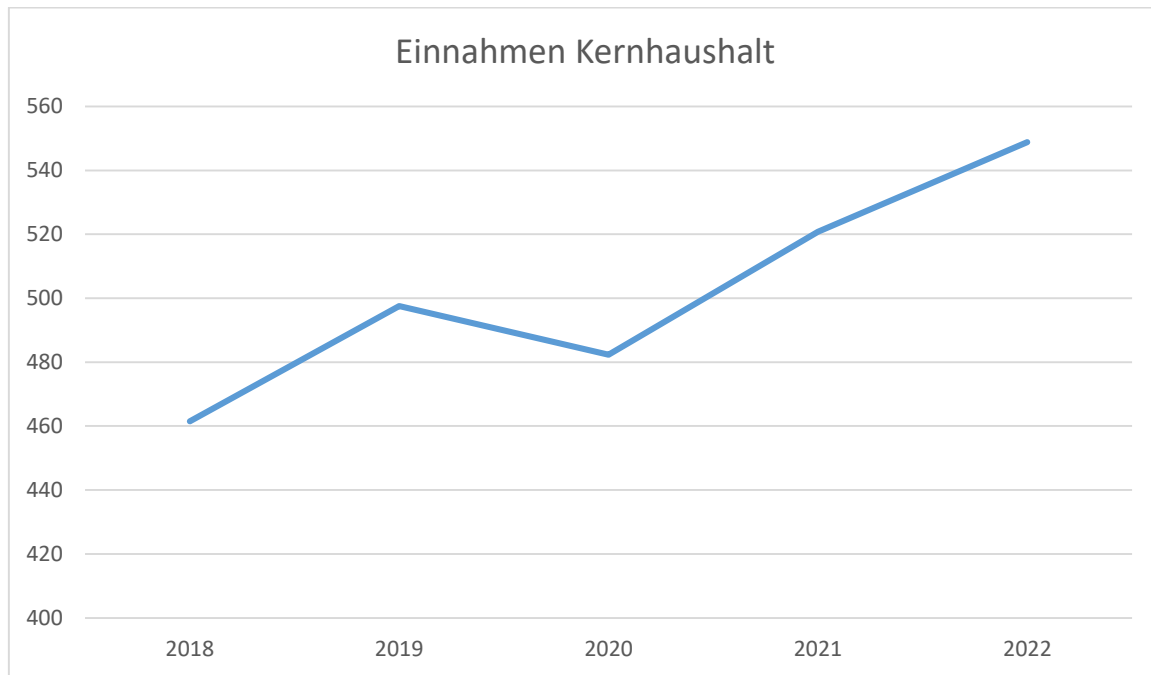
Nun glaubt man mir als echtem Lokalpatrioten vielleicht nicht. Der Prognos-Zukunftsatlas 2022 bestätigt unsere Annahme aber wissenschaftlich. Er bescheinigt unserem Kreis beste Zukunftschancen. Bei „Wettbewerb und Innovationen“ ist der Ostalbkreis unter 400 Kreisen sogar auf Platz 12. Der Ostalbkreis befindet sich auf Augenhöhe mit Regionen wie Ulm, Heilbronn oder Stuttgart, während umliegende Landkreise –auch in Bayern- hinter uns liegen.

Als Zukunftsbranchen identifiziert die Studie Maschinenbau und Kunststofftechnik, IT und Halbleitertechnik sowie Telekommunikation – Branchen, in welchen wir starke

mittelständische Firmen im Ostalbkreis haben. Auch für die Zukunft, sind wir wirtschaftlich sicher in einer guten Ausgangsposition.

Dies schlägt sich auch im Haushalt unseres Landkreises wieder.

Die Einnahmenentwicklung im Kernhaushalt der letzten fünf Jahre:



Wir stellen eine Einnahmensteigerung um fast 20% fest. Mit diesen Mitteln müssen wir verantwortungsvoll umgehen. Trotz der sprudelnden Mehreinnahmen kommt der Landkreis dennoch auch dieses Jahr nicht ohne neue Schulden aus und die Kreisumlage muss erhöht werden.

[Wer in früheren Zeiten Geld gespart hat, dem wurde durch die Niedrigzinspolitik der EZB der Ertrag auf sein Ersparnis vorenthalten. Jetzt wird durch die hohe Inflation auch noch die Substanz des Vermögens genommen. Wegen der zwar zögerlichen, aber doch bereits spürbaren Zinserhöhungen der EZB, ist von eher sinkenden Grundstücksverkäufen auszugehen. Wir gehen davon aus, dass die Grunderwerbssteuer mit knapp 18 Mio. im Haushaltsplan zu optimistisch veranschlagt worden ist und führen dies auf diese allgemeine finanzpolitische Entwicklung zurück.]

Es gibt also keinen Grund sich auszuruhen oder sich zurückzulehnen. Laut der Prognos Studie befindet sich der Ostalbkreis bei der Kategorie „Demographie“ nur auf Platz 160 oder bei Dynamik“ nur auf Platz 290.

Obwohl wir die vielen Krisen der letzten Jahre dank unserer wirtschaftlichen Stärke bisher gut gemeistert haben, befindet sich nach meiner Wahrnehmung der Grundsatz des freien Wirtschaftens und auch der freien Lebensgestaltung unter Druck. Es wurde von der Politik der Eindruck, dass staatliche Lenkung und staatliche Hilfe das Allheilmittel jeglicher Krise geworden sind. Es gilt diesem Eindruck entgegenzuwirken.

Unser Erfolgsrezept, gerade auch im Ostalbkreis, war niemals staatliche Bevormundung, sondern eine innovative und effiziente soziale Marktwirtschaft. Eine freie Wirtschaft, Eigenverantwortung und ein freies Leben sind die Garanten für einen breiten Mittelstand und unseren Wohlstand.

Stellvertretend für den Ostalbkreis hat der Präsident des Landkreistages, Landrat Joachim Walter, Ende Oktober einen Brandbrief an Ministerpräsident Kretschmann mitunterzeichnet. Der Titel lautete „In großer Sorge um unser Land“.

Darin wurde beschrieben, was auch ich und viele andere Menschen empfinden: *„eine lähmende Behäbigkeit und Stillstand im Ländle. Der Staat beschäftigt sich mit sich selbst. Eine überbordende Bürokratie bringt ständig neue Auflagen hervor. Es werden immer neue Datenschutz-, Klimaschutz-, Gender-, Bau- oder Vergaberichtlinien erlassen, die dann die Gesellschaft auch im Kleinen bei den Vereinen oder den Kommunen z.B. mit neuen Umsatzsteuerregelungen fesseln.“*

Es wird Zeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Politik zurück kommt auf das Wesentliche. Rechtliche Regelungen müssen flexibilisiert werden, Bürokratie muss abgebaut werden. Damit meinen wir nicht, dass wir einen schwachen Staat wollen.

Der Staat muss dort stark sein, wo er gebraucht wird. Bei allem anderen, hat der Staat sich – so meine tiefe Überzeugung als freier Demokrat- aus Wirtschaft und dem Leben der Menschen, herauszuhalten.

[Vereinfacht gesagt: der Bund soll für eine starke Infrastruktur, Verteidigung und Energiesicherheit sorgen, das Land für gute Bildung, Justiz und Polizei. Wir als Landkreis sind für die Versorgung der Menschen durch kluge Standortpolitik zuständig.]

Was heißt das nun für uns im Ostalbkreis.

Digitalisierung

Der Bericht der Landkreisverwaltung aus dem Oktober hat gezeigt, dass es bei diesem Zukunftsthema vor Ort nach wie vor etwas Licht, aber immer noch zu viel Schatten gibt.

Von einer Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes bis Ende des Jahres hat sich der Ostalbkreis verabschiedet. Einen Stichtag hat man erst gar nicht mehr genannt. Die Umsetzung der E-Akte verläuft schleppend. Die Menschen im Ostalbkreis werden also weiter nicht von einer vollständig digitalen Verwaltung profitieren können.

Dies liegt selbstverständlich im Wesentlichen nicht nur im Verantwortungsbereich der Landkreisverwaltung, sondern beim Bund und den Ländern. Mancher Landkreis hat auch gezeigt, dass man Dinge selbst anpacken kann. Wir könnten manches, wie z.B. die zeitgemäße Home-Office Möglichkeiten, sicher selbst schneller umsetzen.

Erfreulich ist, dass das Forschungsprojekt „Rettungskette 5G“ mit der Ausschreibung in seine Umsetzung gelangt. Damit kann nicht nur eine Zukunftstechnologie auf seine praktischen Fähigkeiten vor Ort überprüft werden, sondern auch die Menschen im Ostalbkreis relativ flächendeckend mit dem neusten Netzstandard versorgt werden. Ein Lob hier an die Verwaltung.

[Beim Ausbau der Glasfasernetze hat der Ostalbkreis seine Hausaufgaben mit dem Ausbau des Backbone-Netzes gemacht. Nach wie vor liegen wir in Baden-Württemberg mit lediglich 12 % Glasfaseranschlüssen aber auf dem letzten Platz der Flächenbundesländer.

Für die Gemeinden ist der Ausbau finanziell oft nur schwer zu schultern. Viele Gemeinden, wie beispielsweise Neresheim, Lauchheim, Oberkochen und einige mehr, haben dabei von einer großzügigen Förderung durch den Bund profitiert. In diesem Jahr hat der Bund alleine 3,1 Mrd. Euro –so viel wie niemals zuvor- für die Breitbandförderung zugesprochen.

Der Fördertopf ist für dieses Jahr nun überzeichnet. Er wird derzeit angepasst und die Förderung ab 1. Januar 2023 mit neuen, einfacheren Richtlinien fortgesetzt. PStS Michael Theurer hat bei seinem Kreisbesuch Anfang November nochmals bekräftigt, dass die Bewilligungen fortgelten und die Förderung im nächsten Jahr mit voller Kraft weitergeht.

Die Breitbandförderung des Bundes ist für eine lautstarke politische Skandalisierung denkbar ungeeignet. Dass es trotzdem auch Eingang in die Haushaltsrede des Landrats gefunden hat, ist nach meiner Meinung nicht zielführend. Wichtig ist es, dass die Förderrichtlinien vereinfacht werden und die Antragstellung für die Gemeinden damit zukünftig noch schneller geht.]

Eine Gefahr beim weiteren Ausbau der Digitalisierung stellen Cyberangriffe für Betriebe und Verwaltung dar. 34% der Unternehmen sind in Ostwürttemberg nach einem kürzlich veröffentlichten Bericht von Cyberangriffen bereits betroffen gewesen. Nach unserer Auffassung wird es nur eine Frage der Zeit, bis auch die Landkreisverwaltung betroffen sein wird.

Wir beantragen deshalb

einen Bericht, wie sich die Landkreisverwaltung auf Cyberangriffen vorbereitet und sich schützt – ohne selbstverständlich Geheimnisse zu verraten.

Dekarobinisierung

Die Klimabilanz des Ostalbkreises ist in seiner Gesamtheit sicher einmal genau unter die Lupe zu nehmen.

40% der Fläche unseres Landkreises sind Wald, der maßgeblich zur Bindung von CO₂ beiträgt. Zwischenzeitlich befinden sich auf der Ostalb unzählige Windparks, Solarparks, Biogasanlagen und andere Formen der regenerativen Energieerzeugung. Diese Rede möchte ich auch einmal nutzen die Arbeit von Pionieren, wie dem Kollegen Herrn Kreisrat Erwin Schweizer, zu würdigen ohne die wir nicht dort stehen würden wo wir heute stehen.

Die Menschen auf der Ostalb tragen verhältnismäßig mehr zum Klimaschutz bei, als urbane Regionen im Land. Eine sinnvolle Idee wäre es doch, wenn hier das Verursacherprinzip besser zu berücksichtigen.

Wieso gibt es kein Belohnungssystem für Landkreise Wälder zu schonen und aufzuforsten, Moore zu renaturieren und regenerative Energien auszubauen, während Landkreise, die sich hier nicht bemühen in einen Fond einzahlen müssen?

Dies wäre doch ein toller Anreiz und Wettbewerb für mehr Klimaschutz und gleichzeitig ein Strukturfonds für den ländlichen Raum, der auch die Nachteile des Ausbaus der regenerativen Energien zu tragen hat.

Sicher können wir auf der Ostalb noch einiges mehr zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beitragen. Wir begrüßen es als Freie Demokraten, wenn es einfacher werden soll neue

Photovoltaikanlagen zu bauen. Wir unterstützen gerne den dafür notwendigen Netzausbau. Wir stehen auch den Formen der Geothermie für die Energieerzeugung offen gegenüber.

Wir wünschen uns mehr Landwirte auch als Energiewirte. Biogasanlagen haben dabei ein ganz erhebliches Potential der Stromerzeugung, aber auch der dezentralen Wärmeversorgung.

In Tannhausen oder Buch zeigt man, wie bereits das halbe Dorf mit Wärme versorgt werden kann und diese Gemeinden sich unabhängig von der Energiekrise gemacht haben.

Wenn Energieerzeugung klimafreundlich ist und dazu noch die Energieunabhängigkeit fördert können eigentlich alle nur gewinnen.

Völlig unverständlich ist es in dieser Lage dann, wenn bei der Abschöpfung von sog. „Zufallsgewinnen“ nun nach Plänen des Bundeswirtschaftsministeriums auch Biogasanlagen-Betreiber betroffen sein sollen. Wenn diese Regelungen so zur Umsetzung kommen, droht auch auf der Ostalb eine Insolvenzelle für Biogasanlagen.

Wenn wiederum vom Klimaschutz bei den Menschen nur teure Energiepreise, Einschränkung des Individualverkehrs und Bauauflagen ankommen, dann wird das Thema keine Akzeptanz finden. Gesellschaftliche Akzeptanz wird das Thema endgültig verlieren, wenn die Forderungen und Maßnahmen immer radikaler werden. Um es ganz deutlich zu sagen: wer Kunstwerke beschmutzt und sich an Straßen festklebt, ist ein Fall für den Strafrichter und kein gesellschaftlicher Akteur.

[Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unser Gewicht in Deutschland ist der Erfindergeist, unser Gewicht ist es die richtigen Technologien zu finden. Freies Wirtschaften schlägt eine staatlich gelenkte Klimawirtschaft.

Als Beispiel: man kann den Verbrennungsmotor verbieten oder man kann ein Auto wie Tesla erfinden. Man kann jeden Häuslebauer zwingen, ein Solarpanel auf sein Dach zu bauen oder dezentrale, günstige Fernwärmenetze aufbauen. Man kann CO₂-Speichermöglichkeiten verbieten oder sie zulassen.

Wenn wir die Energiesicherheit mit günstigen Energiepreisen in Deutschland nicht gewährleisten können, dann gehen die Unternehmen in einer globalen Wirtschaft ins Ausland. Deutschland wird deindustrialisiert, Wohlstand geht verloren, der soziale Frieden wird gefährdet und politisches Gewicht geht verloren. Die Unternehmen hören damit aber ja nicht auf zu produzieren. Sie tun es eben nur nicht mehr in Deutschland. Dort stoßen sie weiter CO₂ aus, dass dann auch in Deutschland ankommt. Der Wettlauf, um die die deutschen Unternehmen hat in China, Indien und den USA bereits begonnen. BASF lässt grüßen.

Wir maßen uns ja gerne an Vorbild zu sein. Ein Vorbild wird unser Klimaschutzmodell für die Welt nur sein, wenn es im internationalen Wettbewerb besteht. Derzeit folgt uns auf der Welt kein nennenswertes Industrieland.]

Wenn wir die Lage nüchtern betrachten, wird das 1,5 Grad Ziel wahrscheinlich nicht mehr zu erreichen sein. So hat es auch Ministerpräsident Kretschmann vor kurzem festgestellt.

Wichtig es nach unserer Auffassung deshalb zunehmend, das nicht nur über Klimaschutz zu sprechen, sondern auch das Thema Klimaanpassung viel stärker in den Fokus zu nehmen.

Wir beantragen deshalb

einen Bericht der Landkreisverwaltung zum Stand der Maßnahmen zur Klimaanpassung in Forst, Landwirtschaft, Wohnen und Verwaltung im Ostalbkreis.

Gesundheitsversorgung

Eingangs meiner Rede habe ich gesagt, dass Politik zurückkehren muss zum Wesentlichen. Das gilt auch für uns im Kreistag.

Wir haben im Kreistag seit meiner Wahl 2019 viele Themen behandelt, für die wir nicht zuständig sind. Wir haben mit Deklarationen Atomwaffen abgeschafft. Wir haben das Welt-Klima gerettet. Wir haben die Corona-Impfpflicht beschlossen.

Unsere Zuständigkeit ist aber doch eine ganz andere. Wir haben uns um die Müllabfuhr zu kümmern, wir haben den ÖPNV zu gestalten und als eine unserer edelsten Aufgaben: wir haben den Kreisbewohnern Zugang zur bestmöglichen Gesundheitsversorgung zu schaffen.

In diesen bewegten Zeiten brauchen wir Verantwortungsträger, die den Mut haben Entscheidungen zu treffen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Herr Landrat Dr. Bläse, hat bewiesen, dass er diesen Mut hat. Nun ist es an uns ihm nachzufolgen.

Das Thema Klinikstruktur war bis vor kurzem ein Tabu-Thema. Niemand –auch wir nicht- hat sich an den Status-Quo herangewagt.

Erst als es der Landrat auf die Tagesordnung gesetzt hat, haben wir verstanden wo wir stehen. Er hat dies nicht getan, weil es ein politisches Gewinnerthema war, sondern weil wir schlichtweg handeln müssen.

Zwischenzeitlich haben wir viel über den richtigen Weg diskutiert, es wurden Sachverständige angehört und auch Prof. Dr. Solzbach hat sich sehr engagiert, um die richtigen Entscheidungsgrundlagen für die Kreistagsmitglieder und die Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Auch Herrn Prof. Dr. Solzbach möchte ich namens der FDP im Kreistag einen großen Dank für sein leidenschaftliches Engagement aussprechen.

Der Ausgangspunkt für die zukünftige Gesundheitsversorgung im Kreis muss eine ganzheitliche Betrachtung sein. Also nicht nur die Frage, wo eine Klinik steht, sondern wie sie erreichbar ist, wie sie in die Notfallversorgung eingebunden ist, wie kann man die Kindergeburtshilfe organisieren, wie die fach- und hausärztliche Versorgung mitdenken. Kurzum wie schaffen wir die höchste Qualität der klinischen Versorgung und wie bekommen wir dabei das jährliche Defizit der Kliniken in den Griff. Vor allem müssen wir aber auch an das Personal in den Kliniken denken, die ebenfalls die besten Arbeitsbedingungen verdient haben. Und dann sollen wir noch zusehen, dass es in der kommunalen Familie keine Sieger und Besiegte gibt.

Eine Herkules-Aufgabe. Die gute Nachricht: wir haben doch die richtige Antwort gefunden.

Landrat Dr. Bläse hat sie in seiner Haushaltsrede genannt.

Wenn man sich die äußeren Vorgaben wie Personaluntergrenzen, den Personalmangel oder die Fallzahlenregelungen genau ansieht, dann ist die beste Qualität der medizinischen Versorgung für den Kreis nur mit einem Regionalversorger flankiert von Gesundheitszentren in der Fläche zu erreichen.

Darin waren sich alle Experten einig. Das ist das beste Konzept für die Zukunft. Was uns besonders überzeugt: es werden alle genannten Aspekte mitgedacht.

Ich verspreche Ihnen hier und heute, Herr Landrat, für die Freien Demokraten im Kreistag: wir werden mit Ihnen für diese Lösung streiten und diesen Weg unterstützen.

Persönlich halte ich es – und das möchte ich an dieser Stelle auch einmal klar sagen - für völlig unverantwortlich, während Sie, Herr Landrat, hier noch sprechen, ein Oberbürgermeister bereits vor der Presse steht und unsachliche Kritik übt.

Freilich müssen wir über die Details noch sprechen. Wie organisieren wir die Gesundheitszentren? Was müssen sie genau leisten? Wie viel Mittel stehen zur Verfügung? Wo kann ein neuer Regionalversorger gebaut werden?

Keine Rolle darf an dieser Stelle kommunalpolitische Kurzsicht spielen. Wir haben doch den Anspruch das Beste für die Zukunft der Menschen im Kreis zu liefern.

Die Detail-Fragen können und werden wir lösen.

Was aber langfristigen Schaden anrichtet, sind Wunden, die aus lokaler Kleingeistigkeit geschlagen werden. Mein Appell lautet deshalb an die kommunal Verantwortlichen: schauen Sie auf alle Menschen im Kreis und nicht nur auf die Menschen in Ihrer Gemeinde. Alle Kreisbewohner haben die bestmögliche medizinische Versorgung verdient.

Lange Zeit bleibt uns für unsere Entscheidung nicht. Die Menschen im Kreis, aber auch die Mitarbeiter der Kliniken brauchen Klarheit und Verlässlichkeit.

Wir Freien Demokraten befürworten deshalb eine schnelle Entscheidung im Sinne des Vorschlags des Landrats.

[Mobilität/ÖPNV]

Wenn wir die Klinikstrukturen neu ordnen, dann spielt selbstverständlich auch die Planung der Straßen und des ÖPNV unmittelbar eine wichtige Rolle.

Der Landkreis kommt sowohl beim Erhalt und den Investitionen in seine Kreisstraßen trotz angespannter Haushaltslage seinen Aufgaben nach. Dies kann man vom Land nicht so uneingeschränkt sagen. Ich denke dabei nicht nur an den z.T. desaströsen Zustand vieler Landstraßen, wie z.B. der L 1158 zwischen Heuchlingen und Schechingen, sondern auch wie das Land vor Jahren Geld investiert hat, ohne dass daraus ein Nutzen entstanden wäre.

Ein weiteres Beispiel: vor ca. 5 Jahren wurde der erste Teil einer Umgehung von Heubach dem Verkehr übergeben. Diese endet irgendwo am Rand des westlichen Industriegebiets. Anstatt die gesamte Umgehung durchzuplanen und zu bauen, hat man es bei dem Teilstück belassen, das jetzt allenfalls als wenig befahrene Ortstraße genutzt wird. Einer Verlautbarung des Regierungspräsidiums in der Presse ist zu entnehmen, dass die Planungen für das weitere -gerade einmal 2 KM lange - Teilstück wiederaufgenommen werden und mit der Fertigstellung im Jahr 2029 zu rechnen ist. Wenn man dann noch betrachtet, dass die L 1061 für die Umleitung für den Ausbau der B29 im Remstal dringend benötigt wird, können wir nicht nachvollziehen, wie man sich hier so viel Zeit lassen kann.

Man könnte auch sagen, wenn wir schon dabei sind alte Glaubenssätze in fortschrittliche Kreispolitik umzusetzen, dann können wir als nächstes das Dauerthema ÖPNV angehen. Seit der Initiative des Kreistags „ÖPNV neu denken“ noch unter Landrat Pavel, hat sich hier wenig getan.

Zwar wurde mit der OstalbMobil GmbH ein Verbund geschaffen, wesentliche Fortschritte sind für uns Freie Demokraten aber bis heute nicht erkennbar. Ganz im Gegenteil: wir haben es nicht einmal geschafft die komplizierte Zonenstruktur zu ändern. Es war ein 49 EUR Ticket aus dem Bundesverkehrsministerium notwendig, um endlich eine einfache und günstige Struktur zu schaffen.

Bessere Abläufe, Synergieeffekte bei den Bus-Unternehmen, bessere Taktungen, Innovationen oder sonstige Verbesserungen, können wir durch die Schaffung des Verbundes nennenswert nicht feststellen.

Damit stellt sich für uns die Frage, ob das gesamte System des ÖPNV im Ostalbkreis nicht tatsächlich komplett neu gedacht werden muss.

Neubau Verwaltungsgebäude Landkreisverwaltung

In jüngster Vergangenheit wurde wieder Kritik am Bau des weiteren Verwaltungsstandorts des Landratsamtes geäußert. Die nunmehr belastbaren Kostenplanungen gehen leider tatsächlich weit über die ursprünglichen Kostenschätzungen hinaus.

Wir sind der Meinung, dass die eingesparten Mieten die Schuldentilgung und Abschreibungen des neuen Gebäudes nicht auffangen können. Wir stehen dennoch zum Neubau eines zentralen Anlaufpunktes für die Landkreisverwaltung. Ein zentraler Standort der Landkreisverwaltung bringt erhebliche Synergieeffekte mit sich. Nicht richtig ist es aus unserer Sicht, einen Zusammenhang zwischen Finanzierung des Landratsamts und einem möglichen Klinikneubau herzustellen. Dazu liegen die Investitionen schon zeitlich zu weit auseinander.

Wir unterstützen deshalb einen schnellen Baubeschluss noch in diesem Jahr.]

Wenn Sie nun neugierig geworden sind, lesen Sie auch gerne noch unsere Aspekte, die wir wegen der Redezeit weglassen mussten.

Ich danke Ihnen Herr Landrat Dr. Bläse, Ihnen Herr Kreiskämmerer Kurz und der gesamten Landkreisverwaltung für Ihre Arbeit. Die Freien Demokraten werden dem Haushalt zustimmen.